

10.05.2024

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 3626 vom 9. April 2024  
der Abgeordneten Thorsten Klute, Rodion Bakum, Nadja Lüders, Ina Blumenthal und  
Christina Kampmann SPD  
Drucksache 18/8784

### **Rollt der Rubel für die AfD in NRW? Wie stark sind Versuche der Einflussnahme der Russischen Regierung in NRW?**

#### ***Vorbemerkung der Kleinen Anfrage***

Vielfach wurde in den letzten Tagen in verschiedenen nationalen und internationalen Medien über Erkenntnisse des Tschechischen Geheimdienstes berichtet, wonach verschiedene europäische Politiker Zahlungen von der (inzwischen eingestellten) Internetplattform „Voice of Europe“ oder aus Russland erhalten haben, um russische Desinformation in Europa zu unterstützen. Politiker aus sechs europäischen Ländern sollen dabei von einem die aktuelle Kreml-Diktatur unterstützenden Netzwerk Geld entgegengenommen haben. Ausdrücklich wird dabei auch die AfD aus Deutschland genannt. Inzwischen sieht sich der AfD-Bundestagsabgeordnete Petr Bystron aus Bayern persönlich mit dem Vorwurf konfrontiert, entsprechende Zahlungen erhalten zu haben.

Bereits im Jahr 2018, vier Jahre, nachdem das Russland des Wladimir Putin völkerrechtswidrig die Krim besetzt hatte, reisten acht Landtagsabgeordnete aus verschiedenen deutschen Bundesländern über Moskau auf die Krim. Daran nahmen auch drei damalige Landtagsabgeordnete der AfD aus Nordrhein-Westfalen teil, nämlich Roger Beckamp (inzwischen Abgeordneter des Deutschen Bundestags), Dr. Christian Blex (weiterhin Abgeordneter der Landtags NRW) und Helmut Seifen (inzwischen nicht mehr Abgeordneter).

Der derzeitige AfD-Abgeordnete des Landtags NRW Dr. Christian Blex machte sich im Jahr 2022, nachdem Kreml-Diktator Wladimir Putin die Ukraine militärisch überfallen ließ, auf den Weg nach Russland, um von dort in die von Russland besetzte ostukrainische Region Donbass einzureisen. Nachdem diese Absicht öffentlich bekanntgeworden war, brach er seine bereits begonnene Reise ab und kehrte zurück nach Deutschland.

Erst vor wenigen Wochen, im März, waren AfD-Abgeordnete aus Bayern auf Einladung der russischen Regierung zur Beobachtung der Scheinwahlen in Russland.

Auch scheinbar kleinere Indizien lassen auf enge Verbindungen auch der nordrhein-westfälischen AfD zu Organisationen im Umfeld des Kreml-Regimes bzw. zum Lukaschenko-Regime in Belarus schließen. In der Plenardebatte des Landtags NRW vom 14.12.2023 hatte die SPD-Fraktion unter Punkt 5 der damaligen Tagesordnung dargestellt: „Und dann liegt in dieser

Datum des Originals: 10.05.2024/Ausgegeben: 16.05.2024

Woche bei einer AfD-Pressekonferenz im Fraktionssaal der AfD so mir nichts dir nichts ein Stift, ein Werbeartikel, einer rechtsextremen belarussischen Partei herum. Der Stift wird nicht mit dem Wind von Minsk in Ihren Fraktionssaal geflogen sein, meine Dame, meine Herren von der AfD.“ Der AfD-Abgeordnete und Parlamentarische Geschäftsführer seiner Fraktion Andreas Keith bestätigte diese Begebenheit mit einem Zwischenruf auf die Rede des SPD-Vertreters, auch wenn er in Richtung des SPD-Redners die kühne Behauptung aufstellte: „Den haben Sie da hingebacht!“ (siehe Plenarprotokoll 18/52 vom 14.12.2023, Tagesordnungspunkt 5). Der Verdacht liegt nahe, dass es aktuelle Kontakte der AfD-Fraktion im Landtag NRW zur Rechtsextremen in Belarus gibt.

Auffällig ist, dass die AfD-Fraktion im Landtag NRW regelmäßig im russischsprachigen Medium „Telegraf NRW“ Anzeigen mit Bericht aus dem Plenum des Landtags NRW auf Russisch inseriert. ( <https://presseru.de/?pub=telegraf-nrw&god=2022&nomer=3&str=1> )

Das gegenwärtige Russland führt einen brutalen und völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine. Russland führt damit auch Krieg gegen unsere europäischen Werte. Mittel dieses Krieges ist nicht ausschließlich die militärische Gewalt, mit der das gegenwärtige Russland täglich den Menschen in der Ukraine so grausames und unverzeihliches Leid zufügt. Mittel dieses Krieges sind vielmehr auch gezielte Desinformation und Destabilisierung in westlichen Ländern, gerade auch in Deutschland. Sicherheitsinteressen Deutschlands insgesamt und aller seiner Einwohnerinnen und Einwohner sind also im innersten Kern betroffen.

**Der Minister des Innern** hat die Kleine Anfrage 3626 mit Schreiben vom 10. Mai 2024 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Minister der Justiz sowie dem Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien und Chef der Staatskanzlei beantwortet.

**1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über ausländische Geldzahlungen zur Unterstützung der Ziele der Kreml-Diktatur an Politikerinnen und Politiker der AfD bzw. ihrer Jugendorganisation Junge Alternative in Nordrhein-Westfalen?**

Der Landesregierung liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Anfrage vor.

**2. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über Einflussnahme(-versuche) und Cyberangriffe seitens der Regierung Russlands oder von ihr (mutmaßlich) beauftragten Organisationen in Nordrhein-Westfalen auf die Politik?**

Grundsätzlich besteht die Gefahr, dass Cybercrime-Gruppierungen von staatlichen Akteuren in Russland gezielt zur Durchführung von Cyberangriffen auch in Nordrhein-Westfalen eingesetzt werden, um damit politische Ziele zu verfolgen und erbeutetes Vermögen hierzu zu verwenden. Einige Cybercrime-Gruppierungen haben sich im Verlauf des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine offen zur Regierung in Russland bekannt und Solidarität mit Russland zugesagt.

Beispielhaft sind hier sowohl die Ransomware-Gruppierung Conti zu nennen, die mit Cyberangriffen auf kritische Infrastrukturen gedroht hat, als auch die DDoS-Gruppierung „No-Name057“. Diese hat ihre Aktivitäten insbesondere auf die Webseiten von Unternehmen, Verwaltungen und Regierungsbehörden konzentriert. Im vergangenen Jahr wurden durch

„NoName057“ unter anderem Cyberangriffe auf Webpräsenzen von Behörden in Nordrhein-Westfalen durchgeführt, wodurch diese zeitweise nicht mehr erreichbar waren.

Zudem deuten starke Indizien darauf hin, dass Russland seit Beginn der Invasion der Ukraine am 24.02.2022 seine Cyber-Aktivitäten im Umfeld der Politik nochmals verstärkt hat. So sollen durch Spionageangriffe mutmaßlich Erkenntnisse zu innerparteilichen Diskussionen gewonnen werden. Hierbei besteht auch die Gefahr, dass die erbeuteten Daten zu einem späteren Zeitpunkt von den Angreifern für sogenannte „Hack and Leak“ Operationen genutzt werden: Durch eine Verfälschung und selektive Veröffentlichung von Daten könnte versucht werden, Einfluss auf Wahlen sowie die öffentliche Willensbildung zu nehmen. Darüber hinaus können im Internet verschiedene Aktionen zur Desinformation beobachtet werden, bei denen pro-russische Narrative verbreitet werden. Hierbei scheint es, dass insbesondere Randgruppen, die dem politischen und medialen Establishment misstrauen und daher anfällig für alternative russische Versionen sind, durch Kampagnen erreicht werden sollen. Aktionen im Cyberraum können meist bundesweit beobachtet werden, haben jedoch auch Auswirkungen auf die Politik in Nordrhein-Westfalen. Die dargestellte Lagebewertung geht auf verschiedene Erkenntnisse zurück, beispielhaft seien nur die folgenden genannt:

- Im März 2024 berichtet eine IT-Sicherheitsfirma öffentlich über Cyberangriffe gegen mehrere deutsche Parteien. Hiernach wurden im Namen der CDU E-Mails mit schadhaftem Anhang verschickt, mit denen mutmaßlich langfristige Zugänge zu den Netzwerken der Ziele etabliert werden sollten. Die Zugänge sollten vermutlich zum Stehlen von Daten verwendet werden. Die IT-Sicherheitsfirma ordnete den Angriff der Gruppierung APT29 als Einheit des russischen Auslandsnachrichtendienstes SWR zu.
- Im Januar 2024 wurde durch Presseberichte eine Analyse des Auswärtigen Amtes bekannt, die eine mutmaßlich russische Kampagne auf der Online-Plattform „X“ beschreibt. Mittels mehr als 50.000 gefälschten Nutzerkonten sollte auf der Plattform offensichtlich Unmut gegen die Ampel-Regierung geschürt werden. So tauchte auf Tweets der gefälschten Konten häufig der Vorwurf auf, die Bundesregierung vernachlässige die eigene Bevölkerung, um die Ukraine zu unterstützen.
- Im Juni 2023 wird in Presseberichten ein Cyberangriff auf E-Mail-Konten der SPD-Zentrale bekannt. IT-Sicherheitsunternehmen ordnen den Angriff der Cybergruppierung APT28 zu, welche dem russischen Militärgeheimdienst GRU zugerechnet wird.
- Seit 2021 können immer wieder Aktivitäten der Gruppierung GHOSTWRITER gegen Parlamentarier sowie Personen, die anderweitig im politischen Raum aktiv sind, beobachtet werden. Hierbei stehen auch Personen aus Nordrhein-Westfalen im Ziel der Angreifer. Mittels Phishing versucht die Gruppierung, ihre Zielpersonen dazu zu bringen, Passwörter preiszugeben. GHOSTWRITER wurde bereits im Zusammenhang mit Desinformationskampagnen, insbesondere in Osteuropa, bekannt. Dort gelang es der Gruppierung, Zugangsdaten zu stehlen und zum Zwecke der Diskreditierung einzelner Personen oder Institutionen zu missbrauchen. Im September 2021 ordnete die Bundesregierung die Aktivitäten dem russischen Militärgeheimdienst GRU zu und verurteilte diese.
- Immer wieder tauchen im Internet gefälschte Nachrichtenseiten westlicher Medien auf, die pro-russische Propaganda verbreiten. Die gefälschten Webseiten imitierten die Angebote von etablierten Medien wie etwa „FAZ“, „Tagesspiegel“, „Bild“ und „SPIEGEL“. Auf Facebook und der Plattform „X“ werden die gefälschten Nachrichtenbeiträge teilweise als gesponserte Posts im Newsfeed angezeigt oder im Kommentarbereich anderer Seiten veröffentlicht.

Die aufgezeigten Beispiele deuten auf ein koordiniertes staatliches Agieren hin. Insbesondere im Wahljahr 2024 wird die Gefahr von Cyberangriffen durch staatliche Akteure als hoch bewertet. Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz warnt regelmäßig vor den besonderen Gefahren durch ausländische Nachrichtendienste und bietet Sensibilisierungen an. Anlässlich der im März 2024 festgestellten Cyberangriffe gegen deutsche Parteien wurde jüngst das Angebot einer Sensibilisierung der Fraktionen sowie der Landtagsverwaltung in einem Schreiben erneuert.

**3. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über Einflussnahmeversuche seitens der gegenwärtigen Regierung Russlands, sei es auch über russischsprachige Medien, auf die Zivilgesellschaft in Nordrhein-Westfalen?**

In Ergänzung zu den zu Frage 2 beschriebenen Aktivitäten versucht Russland weiterhin, Einfluss auf die öffentliche Meinung in Deutschland zu nehmen und damit auf den politischen Diskurs einzuwirken. Auch im Jahr 2023 waren in Nordrhein-Westfalen weiterhin Versuche illegitimer, also verdeckter Einflussnahme auf gleichbleibend hohem Niveau festzustellen. Institutionen und Einzelpersonen, die aufgrund dienstlicher Notwendigkeiten oder durch ein ehrenamtliches Engagement Bezüge zur Russischen Föderation aufweisen, bleiben ein beliebtes Ziel russischer Aktivitäten zur Einflussnahme. Die russische Seite versucht, bekannte Narrative der eigenen Rhetorik an geeigneter Stelle zu platzieren und diesen zu möglichst hoher Verbreitung zu verhelfen. Gesprächspartner werden dabei beispielsweise gezielt hofiert oder massiv bedrängt. Es ist deutlich erkennbar, dass sich die Einflussakteure sehr gezielt auf Gespräche mit entsprechenden Institutionen vorbereiten.

Im Berichtsjahr fanden zudem erneut offiziell als „Friedensdemonstrationen“ angemeldete Veranstaltungen statt, bei denen gezielt russische Narrative und Propaganda verbreitet worden sind. Eine Diskreditierung westlicher Staaten und eine damit einhergehende Diffamierung westlicher Bündnisse wie EU und NATO sollten dazu beitragen, das russische Weltbild als überlegen erscheinen zu lassen. Seit dem Beginn des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine machen sich auch Extremisten diese Themen zu eigen und kooperieren vor allem bei Demonstrationen und Kundgebungen mit prorussisch eingestellten Akteuren. Die Vernetzung entsprechender Akteure stellt dabei eine neue herausfordernde Entwicklung für die deutschen Sicherheitsbehörden dar.

Seit dem Überfall auf die Ukraine hat Russland seine Desinformationskampagnen intensiviert und zugleich stark geändert. Das Vorgehen ist insgesamt deutlich konfrontativer und aggressiver. Die gezielte Desinformation soll neben der Beeinflussung der öffentlichen Meinung der Legitimation und dem Machterhalt des russischen Präsidenten dienen. Dabei wird in Deutschland die Strategie verfolgt, das Vertrauen der Bevölkerung in Politik, Verwaltung und die freien Medien zu untergraben. Da russische Staatsmedien in der EU mit Sanktionen belegt und damit in ihrer Betätigung eingeschränkt sind, werden verstärkt soziale Medien von staatlichen oder staatsnahen Akteuren genutzt. Dort sollen Inhalte und Narrative an einen möglichst großen Personenkreis verbreitet werden. Als bedeutende Alternative zu gängigen sozialen Netzwerken ist insbesondere Telegram zu nennen. Neben staatlichen Akteuren spielen weiterhin Influencer sowie Aktivisten eine gesteigerte Rolle als Multiplikatoren russischer Propaganda und Desinformation. Bei diesen ist in einigen Fällen eine Unterstützung durch staatliche russische Stellen erkennbar.

Als Beispiel für russische Desinformationskampagnen können sogenannte „Pranks“ genannt werden. Dabei handelt es sich um Telefonstreiche oder Videoanrufe russischer Aktivisten unter Vorgabe einer falschen Identität bei Politikern sowie Personen des öffentlichen Lebens. Sie verfolgen das Ziel, den Getäuschten Aussagen zu entlocken, die im Anschluss aus dem

Kontext gelöst und zur Diskreditierung der Personen selbst oder westlicher Politik im Allgemeinen genutzt werden. Zu den prominentesten Opfern gehörten neben der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel auch die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und Polens Präsident Andrzej Duda.

#### **4. *Wie geht die Landesregierung gegen Einflussnahmeversuche der Regierung Russlands auf Politik und Zivilgesellschaft in Nordrhein-Westfalen vor?***

Die Landesregierung schafft einen Aktionsplan gegen Desinformation mit den Zielen, die Nachrichtenkompetenz der nordrhein-westfälischen Zivilgesellschaft zu stärken und Bevölkerung sowie Verwaltung für Desinformationskampagnen zu sensibilisieren.

Im Rahmen eines strategischen Handlungskonzeptes werden bereits bestehende Aktivitäten gegen Desinformation systematisch verzahnt sowie weitere Maßnahmen geprüft.

Ein zentraler Baustein des Aktionsplans wird auch die Sicherung der Medienvielfalt als Korrektiv gegen Desinformation sein.

Bei Stellungnahmen im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sensibilisieren die Mitglieder der Landesregierung die Öffentlichkeit regelmäßig für russische Destabilisierungsversuche.

Auch der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz klärt umfassend über Destabilisierungsversuche auf - nicht zuletzt durch die jährliche Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichtes. Darüber hinaus führt der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz einzelfall- oder gruppenbezogene Sensibilisierungen durch. Auch die Fraktionen des Landtages wurden mehrmals anlassbezogen schriftlich und - auf Wunsch - auch mündlich sensibilisiert.

Sollten im Zuge der Einflussnahme(-versuche) fremder Staaten Straftatbestände erfüllt werden, so gewährleisten die Kriminalinspektionen Polizeilicher Staatsschutz gemeinsam mit dem Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen unter Sachleitung der zuständigen Staatsanwaltschaften die beweissichere Strafverfolgung und stimmen sich im Zuge dessen, unter Berücksichtigung der rechtlichen Vorgaben, mit den Verfassungsschutz- und Polizeibehörden des Bundes und der Länder ab.

#### **5. *Welche Strafverfahren hat es seit 2014 in Nordrhein-Westfalen wegen Straftaten infolge von Einflussnahmeversuchen der Regierung Russlands auf Politik bzw. Zivilgesellschaft gegeben?***

Erfassungskriterien, die eine dezidierte statistische Eingrenzung entsprechend der Fragestellung ermöglichen, sind im bundeseinheitlich geregelten Kriminalpolizeilichen Meldedienst Politisch Motivierte Kriminalität (KPMD-PMK) nicht vorgesehen. Sofern Hinweise vorliegen, dass eine politisch motivierte Straftat internationale Beziehungen tangieren könnte, findet gemäß den Richtlinien des KPMD-PMK eine statistische Erfassung des betreffenden Landes statt. Aufgrund einer entsprechenden Ausweisung eines Bezugs zu Russland im Rahmen der statistischen Erfassung ergibt sich jedoch kein Rückschluss auf einen „Einflussnahmeversuch“ im Sinne der Fragestellung.

Seit dem Jahr 2014 wurden im KPMD-PMK insgesamt 290 politisch motivierte Straftaten mit erkennbarem Russland-Bezug erfasst.

Davon stehen 287 Straftaten im zeitlichen Kontext zum Beginn und Fortdauern des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine seit dem 24.02.2022.

Zur Beantwortung der Fragestellung wäre eine Einzelfallauswertung der 290 Straftaten erforderlich, welche in der vorgegebenen Zeit zur Beantwortung der Kleinen Anfrage mit vertretbarem Verwaltungsaufwand nicht möglich ist.

Die Präsidentin und Präsidenten der Oberlandesgerichte Düsseldorf, Hamm und Köln haben dem Ministerium der Justiz unter dem 18.04. und am 19.04.2024 berichtet, in der für die Beantwortung der Kleinen Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit und mit einem für die Strafrechtspflege vertretbaren Aufwand seien in ihren jeweiligen Geschäftsbereichen keine Strafverfahren im Sinne der Fragestellung feststellbar gewesen.